

Eupen Trotz vordergründig negativer Neuigkeiten im Zusammenhang mit dem Bau eines Justizgebäudes in Eupen gibt es inzwischen mehr als einen Hoffnungsschimmer, dass das auf maximal 26 Millionen Euro veranschlagte Projekt in diesem Jahr in Angriff genommen werden kann. Finanziell ist dies im Budget des Föderalstaates abgesichert.

Doch zu exakten Prognosen bezüglich eines Baubeginns will sich inzwischen niemand mehr aus dem Fenster lehnen. Kein Wunder. Immerhin erstrecken sich die Überlegungen und Planungen zu diesem Großprojekt inzwischen über ein Vierteljahrhundert.

Dreimal hat die Projektautorin, Architektin Dominique Bourseaux von der staatlichen Gebäuderegie, seit 1997 Pläne erstellt, ehe der Komplex seinen definitiven Standort (Ecke Rathausplatz/Vervierser Straße bis hin zum Rathausgebäude) gefunden hatte. Vor fünf Jahren erging die Baugenehmigung. Doch die ist Ende 2015 verfallen.

Bis zum 18. Februar können die Bürger sich informieren und Einwände vorbringen.

Immer wieder hatten sich neue Probleme aufgetan. Etwa bei erforderlichen Enteignungen und Geländeankäufen. Zuletzt war es die gewählte Finanzierungsformel, die nicht mehr den neuen europäischen Kriterien (SEC-2010) entsprach. Diese Hiobsbotschaft kam im vergangenen April. Die Gebäuderegie reagierte darauf mit einer Anpassung. Doch vor Jahresende ging das alles nicht mehr über die Bühne.

In weiser Voraussicht hatte die Architektin daher bereits am 3. Dezember 2015 eine neue Baugenehmigung beantragt - noch vor Ablauf der alten. Die damit verbundene öffentliche Untersuchung ist inzwischen in vollem Gange. An mehreren Stellen fallen die entsprechenden, gelbfarbenen Aushänge auf dem Rathausplatz ins Auge: Bis zum 18. Februar können die Bürger sich informieren und Einwände vorbringen. Dass sich hier neue Hürden auftun könnten, ist kaum zu erwarten, denn das Projekt hat in den letzten fünf Jahren keine signifikanten Änderungen mehr erfahren, wie Dominique Bourseaux gegenüber dieser Zeitung versichert. Viel größer war da die Befürchtung, dass es nun auch zu einer völlig neuen europäischen Ausschreibung des Projekts kommen müsste. Denn die ist längst abgeschlossen, und es liegen Angebote von sechs Bewerbern vor.

Doch dazu wird es nicht kommen, wie der für die Gebäuderegie zuständige Vize-Premierminister Jan Jambon (N-VA) der ostbelgischen Föderalabgeordneten Kattrin Jadin (MR-PFF) im Finanzausschuss der Kammer versicherte: Die laufenden Verfahren können unter Berücksichtigung der neuen SEC-Normen fortgeführt werden.

Mithin kann auch der Minister bzw. der Ministerrat über eine Zuschlagserteilung entscheiden, die auf Vorschlag der Direktion der Gebäuderegie erfolgt.

Jan Jambons Antwort stimmt die Abgeordnete Jadin zuversichtlich, denn: „Eine Neuausschreibung hätte einen Verzug von drei Jahren zur Folge gehabt.“

Vor diesem Hintergrund gibt sie sich nun vorsichtig optimistisch. Im Wortlaut klingt das so: „Wir müssten jetzt alle Hürden genommen haben, um die Hoffnung zu wagen, dass sich in den nächsten Monaten etwas tun kann.“

Dass es sich bei diesem „Etwas“ um rollende Baumaschinen handelt, ist allerdings eher unwahrscheinlich. Jedenfalls vor den nächsten Bauferien. Denn zwischen Beantragung und Erteilung einer Baugenehmigung vergeht ein halbes Jahr, und selbst danach gilt es noch, Fristen einzuhalten, ehe losgelegt werden kann.

Frühestens im Mai oder Juni werde sie bezüglich eines möglichen Baubeginns mit Neuigkeiten aufwarten können, sagte dann auch Dominique Bourseaux, die es darüber hinaus vorzieht, „keine Prognosen mehr zu stellen, denn bisher hat keine gestimmt“...

Gerichtspräsident Rolf Lennertz strahlt indes Zuversicht aus. Ihm liegen von politischer Seite Informationen vor, denen zufolge nun „alles auf einem guten Weg ist.“ Als kleines Indiz am Rande erwähnt er - augenzwinkernd - die Tatsache, dass sich Mitte Januar Vertreter des Justizministeriums, der Gebäuderegie und des Gerichts getroffen haben, um über die Anschaffung von.... Möbeln für die Gerichtssäle zu beraten.

Erst die Neubauten, dann die Sanierung der Altbauten am Rathausplatz

Schon Lennertz' Vorgänger Leo Stangherlin hatte gehofft, das neue Gerichtsgebäude noch in seiner Amtszeit mit einweihen zu können. Nach seiner Pensionierung im Oktober 2010 machte er gegenüber dieser Zeitung seinem Frust über die nicht enden wollenden Verzögerungen Luft: „Wir waren nicht die einzigen, die mehr Raum, neue Gebäude brauchten. Dabei wurde Eupen von politischer Seite nicht gerade am stärksten gefördert...“, stellte er damals unter Wahrung einer gewissen Diplomatie konsterniert fest.

Dass es seinem Nachfolger Rolf Lennertz (62) in Sachen Einweihung nicht besser ergehen wird, lässt sich längst an fünf Fingern abzählen: Zwei bis drei Jahre Bauzeit sind für die erste Phase veranschlagt. Das ist die Errichtung des Hauptgebäudes (69x68x18,3 Meter) an der Ecke Rathausplatz/Vervierser Straße. Erst dann folgt die Sanierung der Altbauten bis hin zum Rathaus. Das soll weitere zwei Jahre in Anspruch nehmen. Im Idealfall, wohl bemerkt...

Lennertz und Stangherlin können dann von der „Ehrentribüne“ aus applaudieren, wenn - hoffentlich - ihr Nachfolger, an der Seite welchen Justizministers auch immer, feierlich das symbolische Band zur Eröffnung des neuen Eupener „Justizpalastes“ durchtrennt.

